

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (45) – 501 03 – Ha 28/81

Bonn, den 11. September 1981

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982) mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne ¹⁾ sind beigelegt.
Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Schmidt

¹⁾ als Sonderdruck verteilt

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1982 wird in Einnahme und Ausgabe auf **240 768 500 000** Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1982 Kredite bis zur Höhe von **26 500 000 000** Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1982 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

(3) Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kasenverstärkungskredite bis zur Höhe von **acht** vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln — einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen — zu:

1. Titel 427 01
— aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen —
2. Titel 441 01 und 446 01
— aus Schadensersatzleistungen Dritter —
3. Titel 511 01 und 518 01
— aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte —
4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)
— aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen —
5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)
— aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger —
6. Titel 517 01
— aus Erstattungen Dritter —

(4) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1228) zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(5) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software.

(6) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als zwanzig vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit die Deckungsfähigkeit nach Satz 1 nicht ausreicht, kann der Bundesminister der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kap. 14 17 bis zur Höhe von dreißig vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben.

(8) Die in den Kapiteln 14 13 bis 14 20 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

§ 5

§ 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind.“

§ 6

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen den Betrag von 500 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.

(2) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung von Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachten Stellen für Angestellte sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen in den Wertigkeiten bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen.

§ 7

Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren.

§ 8

Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnahmen und zuviel geleisteter Ausgaben ist bei Personalausgaben und bei den nach § 19 Abs. 1 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung übertragbaren Ausgaben stets, bei den sonstigen Ausgaben nur bis zum Abschluß der Bücher des laufenden Haushaltsjahres beim jeweiligen Titel abzusetzen. Entsprechendes gilt für die Umsatzsteuer-Kürzungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1978 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom (BGBl. I S.).

§ 9

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausführen zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,
 - b) im Zusammenhang mit Ausführen, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit,
 - b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;
4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf **160 000 000 000** Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 5 auf insgesamt **17 000 000 000** Deutsche Mark festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von **3 500 000 000** Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **750 000 000** Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **46 500 000 000** Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens,
3. a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,
 - b) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht,
 - c) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen,
 - d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte,
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. August 1980 (BGBl. I S. 1558) —;
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 75 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341);
6. zur Förderung der Fischwirtschaft;
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das Haushaltsgesetz 1981 vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630);

9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz — KOV vom 27. April 1970 (BGBl. I S. 413) aufnimmt;
12. für Kredite, die die vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern gemäß dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009), zuletzt geändert durch die Verordnung vom (BGBl. I S.), aufzunehmen;
13. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;
14. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut;
15. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, des Wiedereingliederungsfonds des Europarates und des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) bis zur Höhe von **18 500 000 000** Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 14

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 13 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 15

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 13, 16 und 17 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 13, 16 und 17 des Haushaltsgesetzes 1981 enthalten sind. In den Fällen der §§ 9 bis 13 und 17 erfolgt die Anrechnung nur, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird.

(3) Soweit in den Fällen der §§ 9 bis 13 und 17 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 13 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 16

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für Kredite, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Verordnungen (EWG) Nr. 397/75 und 398/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. EG Nr. L 46 S. 1 und 3) gewährt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **1 321 200 000** US-Dollar einschließlich der Zinsen zu übernehmen. Die Haftung des Bundes aus der Gewährleistung darf **44,04** vom Hundert der jeweils fälligen Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nicht übersteigen.

(2) Werden Gewährleistungen für Kredite in anderen Währungen als dem US-Dollar übernommen, so sind sie zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden an der Frankfurter Devisenbörse zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den in Absatz 1 festgesetzten Höchstbetrag anzurechnen.

§ 17

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, nach Maßgabe des Übereinkommens vom 9. April 1975 über einen Finanziellen Beistandsfonds der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kredite einschließlich Zinsen und anderer Kosten bis zur Höhe von **2 500 000 000** Sonderziehungsrechte zu übernehmen.

§ 18

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung "Weltbank", der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, an der Wiederauffüllung des internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), an der Aufstockung des Grundkapitals und des Sonderfonds der Asiatischen, der Afrikanischen sowie der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

§ 19

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1978 (BGBl. I S. 1959), zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

§ 20

(1) Soweit die Einsparungen von Planstellen und Stellen nach § 20 des Haushaltsgesetzes 1981 nicht bis zum 31. Dezember 1981 erbracht worden sind, sind sie 1982 nachzuholen.

(2) Im Haushaltsjahr 1982 sind — zusätzlich zu den restlichen Einsparungen gemäß Absatz 1 — ein vom Hundert der im Haushaltsplan 1981 einschließlich seiner Anlagen ausgebrachten Planstellen für Beamte und Richter und Stellen für Angestellte sowie ein vom Hundert der Stellen für Arbeiter einzusparen. Die Einsparungen bei den Planstellen und Stellen für Angestellte sind anteilig auf die Laufbahngruppen und die diesen vergleichbaren Vergütungsgruppen zu verteilen.

(3) Die Einsparungsquoten gemäß Absatz 2 werden — zusammen mit den gemäß § 20 des Haushaltsgesetzes 1981 festgesetzten Einsparungsquoten — in dem Verhältnis auf die Einzelpläne aufgeteilt, das dem Anteil des jeweiligen Einzelplans am jeweiligen Gesamtsoll der Stellen im Bundeshaushalt 1981 entspricht.

(4) Freie und durch Beendigung des Dienstverhältnisses frei werdende Planstellen und Stellen dürfen nicht besetzt werden, bis drei Viertel der auf den jeweiligen Einzelplan entfallenden Einsparungen erreicht sind. Danach dürfen drei Viertel der frei werdenden Planstellen und Stellen nicht wieder besetzt werden. § 26 Abs. 1 und 6 des Bundesbesoldungsgesetzes bleiben unberührt.

(5) Planstellen und Stellen, die nach Absatz 4 nicht besetzt werden dürfen, fallen weg.

(6) Die Absätze 1, 2, 4 und 5 gelten entsprechend für Einrichtungen der unmittelbaren Bundesverwaltung, deren Planstellen und Stellen nur in Wirtschaftsplänen ausgebracht sind.

(7) Bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern sind im Haushaltsjahr 1982 ein vom Hundert der institutionell finanzierten Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte sowie ein vom Hundert der Stellen für Arbeiter einzusparen; Berechnungsgrundlage ist die jeweilige Gesamtzahl bei Zuwendungsempfängern im jeweiligen Einzelplan. Absatz 2 Satz 2 sowie Absatz 4 und 5 gelten entsprechend. Die zuständige oberste Bundesbehörde entscheidet, wie die Anzahl der einzusparenden Planstellen und Stellen auf die einzelnen Zuwendungsempfänger verteilt wird.

(8) Das Nähere bestimmt der Bundesminister der Finanzen.

§ 21

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" oder "künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Das gilt nicht, wenn der Vermerk "künftig wegfallend" den Zusatz trägt "mit Wegfall der Aufgabe".

§ 22

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen.

(2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter gemäß § 79 a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89 a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder ein Richter gemäß § 48 a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes langfristig beurlaubt wird.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 23

(1) Eine Planstelle darf auch mit zwei als Halbtagskräfte teiltzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden.

(2) Zwei Planstellen dürfen auch mit drei teiltzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden; die Gesamtarbeitszeit dieser drei Beamten oder Richter darf die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von zwei vollbeschäftigten Beamten oder Richtern nicht übersteigen.

(3) Das Nähere regelt der Bundesminister der Finanzen.

§ 24

Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen.

§ 25

Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland,
2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1763) zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind, von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§ 26

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapitel 10 04, 23 02 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 27

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich in den nächsten beiden Monaten des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 24. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch das Gesetz vom (BGBl. I S.) findet insoweit keine Anwendung.

§ 28

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 9 § 1 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl. I S. 676), und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), geändert durch Artikel 7 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl. I S. 676), für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§ 29

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom (BGBl. I S.) findet keine Anwendung.

§ 30

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1982 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

§ 31

(1) Die §§ 4 und 5, § 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, §§ 7 bis 19, 21 bis 29 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(2) Ist die nach § 20 auf den jeweiligen Einzelplan entfallende Einsparung am 31. Dezember 1982 nicht erreicht, gilt § 20 bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 32

Im § 324 Abs. 5 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das Haushaltsgesetz 1981 vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630), wird die Zahl "1981" durch die Zahl "1982" ersetzt.

§ 33

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 34

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Begründung

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabchlusses.

Zu § 2

Abs. 1:

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2:

Die Vorschrift bestimmt, daß der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1982 fällig werdenden Krediten erhöht wird. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 3

Zur Sicherstellung der Liquidität ist eine Anhebung des Ermächtigungsrahmens für Kassenkredite von bislang 5 auf 8 v.H. erforderlich. Die mit der Festlegung eines vom-Hundert-Satzes des Haushaltsvolumens im Jahr 1977 verbundene relative Herabsetzung hat den Ermächtigungsrahmen zu stark eingeschränkt. Mit der jetzigen Regelung wird der durchschnittliche Ermächtigungsrahmen (in v.H. gemessen) der 60er Jahre wiederhergestellt.

Zu § 4

Abs. 1 Nr. 1 bis 3 u. Abs. 2:

Die Vorschriften über die Deckungsfähigkeit und die Verbindlichkeit von Erläuterungen bei Titeln der Gruppe 425 sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die Vorschrift läßt zu, daß die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift ermöglicht, daß Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von Schwerbehinderten zweckgebunden verwendet werden. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5:

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen sollen vermieden werden. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6:

Die Vorschrift regelt die begrenzte Deckungsfähigkeit von Ausgaben bei bestimmten Titeln der Hauptgruppe 5 innerhalb eines Kapitels; sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 7:

Die Bestimmung (gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Einzelplan 14 mit Zustimmung des Haushaltsausschusses) ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 5

Bis zur Verabschiedung einer Vorschrift zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung ist es notwendig, die wichtigsten Schlußfolgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 durch eine Übergangsregelung im Haushaltsgesetz zu ziehen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Abs. 1:

Die Vorschrift behandelt die qualifizierte Sperre bei Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von Zuwendungsempfängern mit einem Zuwendungsbetrag von mehr als 500 000 Deutsche Mark, falls diese ihren Haushalts- oder Wirtschaftsplan nicht rechtzeitig vorlegen. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2:

Die Regelung dient der Klarstellung.

Die Erläuterungen zu den Zuschußtiteln des Bundeshaushalts (institutionelle Förderung) und damit auch die dort aufgenommenen Stellenübersichten sind im Verhältnis Parlament/Zuwendungsempfänger nicht verbindlich.

Sofern jedoch während der Beratungen parlamentarische Gremien unmittelbare Eingriffe in die Erläuterungen vornehmen, ist die Entscheidung für den Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger bindend, weil insoweit der Gesetzgeber von seinen Befugnissen Gebrauch gemacht hat, gestaltend auf den Haushalt einzuwirken.

Da im Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens des Haushalts nicht im einzelnen abzusehen ist, welche Projektaufträge der jeweilige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im betreffenden Haushaltsjahr durchzuführen hat, wurden die Stellenübersichten für die Durchführung derartiger Projektaufgaben in die Stellenbindung nicht einbezogen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 7

Diese Vorschrift schafft die Rechtsgrundlage für die Gewährung von Finanzhilfen an die Länder auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen im Sinne von Art. 104 a Abs. 4 GG. Die Bestimmung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 8

Die Regelung in Satz 1 läßt — in Angleichung an die Handhabung bei den Ländern — bei allen materiell unrichtigen Zahlungen Abweichungen vom Bruttoprinzip zu. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 9

Die §§ 9 bis 17 enthalten die Vorschriften über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen. Bei den Ausfuhrgeschäften erweist es sich als notwendig, den Bürgschaftsrahmen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 10 Mrd DM auf 160 Mrd DM zu erhöhen.

Diese Ausweitung des Ermächtigungsrahmens entspricht dem wachsenden Bedarf der Wirtschaft nach Ausfuhrbürgschaften, der vor allem in der Zunahme der Exporte in die absicherungsbedürftigen Entwicklungsländer, insbesondere in die Ölländer, un in den größer werdenden Projektdimensionen seine Ursache hat.

Vor allem dürften auch in 1982 wieder eine Reihe von Großprojekten, die für die Volkswirtschaft von besonderem Interesse sind, realisiert werden. Im übrigen ist auch wegen des hohen Bestandes an grundsätzlichen Deckungszusagen für noch im Verhandlungsstadium befindliche Ausfuhrgeschäfte in 1982 ein weiterer erheblicher Zuwachs an Ausfuhrbürgschaften zu erwarten.

Der Ermächtigungsrahmen für Gewährleistungen nach Abs. 1 Nrn. 2 bis 5 beträgt — wie im Vorjahr — 17 Mrd. DM.

Zu § 10

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet zu übernehmen. Der Ermächtigungsrahmen wurde gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mrd DM auf 3,5 Mrd DM wegen Rückgangs der Lagerbestände der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung herabgesetzt.

Zu § 11

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin zu übernehmen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 12

Der Ermächtigungsbetrag wurde gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1,2 Mrd DM auf 46,5 Mrd DM verringert. Die Verringerung ergibt sich aus Ermäßigungen bei Nr. 2 (Verkehrswesen), Nr. 3 (Wohnungsbau), Nr. 4 (Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank), Nr. 11 (Grundrentenabfindung bei der Kriegsoferversorgung), Nr. 12 (Aufnahme von Krediten zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern und Nr. 15 (Notmaßnahmen). Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

Für die gewerbliche Wirtschaft (Nr. 1) bis zu	17 500 000 000 DM
für das Verkehrswesen (Nr. 2) bis zu	2 500 000 000 DM
für den Wohnungsbau (Nr. 3) bis zu	5 532 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (Nr. 4) bis zu	8 600 000 000 DM
für die Landwirtschaft und die Fischwirtschaft (Nr. 5) bis zu	20 000 000 DM
für die Fischwirtschaft (Nr. 6) bis zu	30 000 000 DM
für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Nr. 7) bis zu	1 000 000 DM
für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds (Nr. 8) bis zu	1 000 000 DM
für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken beim Bezug oder der Verwendung von Kernbrennstoffen (Nr. 9 und 10) bis zu	3 600 000 000 DM
für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsoferversorgung (Nr. 11) bis zu	850 000 000 DM
für die Aufnahme von Krediten zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern (Nr. 12) bis zu	797 000 000 DM
für die Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete (Nr. 13) bis zu	6 000 000 000 DM
für die Verpflichtung deutscher Personen, die im Rahmen der Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt werden, gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut (Nr. 14) bis zu	5 000 000 DM
für Notmaßnahmen (Nr. 15) bis zu	1 064 000 000 DM

Zu § 13

Die Vorschrift ermöglicht die Übernahme von Haftungskapital bei sechs internationalen Finanzierungsinstituten sowie dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe.

Wegen der geplanten Kapitalerhöhung bei der Europäischen Investitionsbank sowie wegen des gestiegenen Dollarkurses ist eine Erhöhung des Ermächtigungsrahmens um 4,8 auf 18,5 Mrd DM gegenüber dem Vorjahr erforderlich.

Zu § 14

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, läßt die Übernahme von Gewährleistungen auch in ausländischer Währung zu.

Zu § 15

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Sie befaßt sich mit der Anrechnung von Gewährleistungen, die auf Grund von Ermächtigungen in Haushaltsgesetzen der vorangegangenen Jahre übernommen worden sind, sowie mit dem Zuwachsen der Beträge, die durch Enthaltungen freigeworden sind.

Zu § 16

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, ermöglicht auch weiterhin die Bürgschafts- und Gewährleistungsübernahme im Zusammenhang mit der Finanzierung ölpreisbedingter Zahlungsdefizite von Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Zu § 17

Die Vorschrift enthält die Ermächtigung, nach Maßgabe des Übereinkommens vom 9. April 1975 über einen finanziellen Beistandsfonds der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für Kredite zu übernehmen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 18

Die Hingabe von Schuldscheinen anstelle von Barleistungen ist in den Abkommen über die Gründung und in den Resolutionen über die Aufstockung des Kapitals der in § 18 genannten Banken und Fonds vorgesehen.

Die Abrufe erstrecken sich über einen Zeitraum bis zu zehn Jahren. Sie richten sich nach dem Finanzierungsbedarf der Institutionen.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 19

Die Vorschrift ermöglicht es, kurzfristig notwendige Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um das Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten zu können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabetitel. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 20

Zur Eindämmung der Personalausgaben sollen 1982 erneut freie und freiwerdende Stellen durch Nichtwiederbesetzung eingespart werden. Die Einsparung von 1 v.H. der Stellen erfaßt die gesamte Bundesverwaltung und erstreckt sich auch auf die Zuwendungsempfänger. Eine gleichartige Einsparung in der mittelbaren Bundesverwaltung ist im Entwurf des 2. Haushaltsstrukturgesetzes geregelt.

Abs. 1:

Die Vorschrift soll sicherstellen, daß sich in § 20 des Haushaltsgesetzes 1981 vorgesehene Einsparung von 3 000 Stellen voll erbracht wird. Die 3 000 Stellen entsprechen ungefähr 1 v.H. der Bediensteten (ohne Soldaten) in der Bundesverwaltung.

Abs. 2:

Die Bestimmung sieht zur Entlastung des Bundeshaushaltes weitere Stellen einsparungen vor.

Abs. 3:

Die Zusammenfassung der Einsparungsquoten 1981 und 1982 soll eine gleichmäßige Verteilung der Gesamtzahl der Einsparungen sicherstellen.

Abs. 4 und 5:

Die Abs. 4 und 5 entsprechen den Abs. 2 und 3 des § 20 Haushaltsgesetz 1981. Sie sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6:

Die Vorschrift dient der Klarstellung.

Abs. 7:

Die Bestimmung bildet die gesetzliche Grundlage für die bereits im Verwaltungswege vorgesehenen Einsparungen im Bereich der Zuwendungsempfänger. Die Zusammenfassung der Stellen aller Zuwendungsempfänger im jeweiligen Einzelplan soll sicherstellen, daß Einsparungen auch in Einzelplänen erbracht werden, deren Zuwendungsempfänger überwiegend weniger als 100 Bedienstete haben. Die jeweilige oberste Dienstbehörde soll entscheiden, bei welchen dieser Zuwendungsempfänger Einsparungen zu erbringen sind.

Abs. 8:

Abs. 8 entspricht dem Abs. 4 des § 20 Haushaltsgesetz 1981. Er ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 21

Abs. 1 und 2:

Die Vorschrift ermöglicht es dem Bundesminister der Finanzen, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt, z.B. zur Durchführung eines neuen gesetzlichen Auftrags.

Abs. 3:

Die Vorschrift regelt Einzelheiten bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 22

Die Vorschrift regelt im wesentlichen das Verfahren beim Ausbringen von Leerstellen und die Einrichtung von Planstellen für Ersatzkräfte für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamte. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 23

Die Regelung ermöglicht die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung, wie sie im Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vorgesehen ist.

Der Bundesminister der Finanzen hat durch Erlass vom 8. März 1979 geregelt, wie zu verfahren ist, wenn einer von zwei auf einer Planstelle geführten Beamten oder Richtern zur vollen Arbeitszeit zurückkehrt und dadurch den anderen aus der Planstelle "verdrängt".

Entsprechende Regelungen bestehen in den Ländern. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 24

Die Vorschrift, die die Ausbringung von Leerstellen in besonderen Fällen behandelt, ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 25

Die Abweichung von § 50 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung ermöglicht es, die Bediensteten langfristig an die Vertretungen abzuordnen. Die Tätigkeit der Bediensteten bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Interesse der abordnenden Verwaltung.

Außerdem wird ermöglicht, daß die abordnende Stelle die Personalausgaben für Bedienstete des höheren Dienstes, die gemäß § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung zur Ableistung der neunmonatigen Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet werden, auch über den Zeitpunkt der Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes hinaus weiterzahlen kann. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 26

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Sie behandelt die entsprechende Anwendung der Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06.

Zu § 27 (Vorjahr § 28)

Die Regelung eröffnet dem Bund die Möglichkeit, der Bundesanstalt für Arbeit zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und damit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Betriebsmitteldarlehen zu gewähren. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert.

Zu § 28 (Vorjahr § 29)

Mit dieser Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr ausgedehnt. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 29 (Vorjahr § 30)

Die Vorschrift entbindet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, die Verteilung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Mittel bis zum 1. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres vorzunehmen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 30 (Vorjahr § 31)

Die Vorschrift enthält die Verpflichtung der Deutschen Bundespost, die im Haushaltsjahr 1981 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse gegenüber dem Bund zusteht. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 31 (Vorjahr § 32)

Die Vorschrift zählt die Bestimmungen auf, die bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weitergelten.

Zu § 32 (Vorjahr § 33)

Der Ausgleichsfonds benötigt auch nach dem Auslaufen der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenverstärungskrediten in § 324 Abs. 4 LAG eine derartige Ermächtigung. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 33 und 34 (Vorjahr §§ 34 und 35)

Die Vorschriften enthalten die Berlin-Klausel und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

Entwurf

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1982

Teil I: Haushaltsübersicht

mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben
		1982 1000 DM
1	2	3
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	—
02	Deutscher Bundestag	—
03	Bundesrat	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—
05	Auswärtiges Amt	—
06	Bundesminister des Innern	—
07	Bundesminister der Justiz	—
08	Bundesminister der Finanzen	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	200
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—
12	Bundesminister für Verkehr	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	—
14	Bundesminister der Verteidigung	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—
19	Bundesverfassungsgericht	—
20	Bundesrechnungshof	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—
32	Bundesschuld	—
33	Versorgung	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—
36	Zivile Verteidigung	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung ¹⁾	196 068 000
	Summe Haushalt 1982²⁾	196 068 200
	Summe Haushalt 1981	182 942 200
	gegenüber 1981 — mehr(+)/weniger(—) —	+ 13 126 000

¹⁾ Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 195,5 Mrd. DM.

²⁾ Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 26 500 Millionen DM) = 18 200 Millionen DM.

Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Gesamtplan

Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen			Epl.
		1982	1981	gegenüber 1981	
		1000 DM	1000 DM	mehr (+) weniger (-) 1000 DM	
4	5	6	7	8	9
37	—	37	50	— 13	01
1 138	369	1 507	1 497	+ 10	02
11	—	11	17	— 6	03
2 622	1	2 623	3 036	— 413	04
34 250	3 570	37 820	36 390	+ 1 430	05
19 563	16 013	35 576	36 466	— 890	06
227 248	224	227 472	221 960	+ 5 512	07
684 358	120 427	804 785	816 288	— 11 503	08
118 308	105 681	223 989	282 595	— 58 606	09
134 019	199 035	333 254	277 553	+ 55 701	10
7 020	276 195	283 215	281 123	+ 2 092	11
828 230	213 021	1 041 251	980 863	+ 60 388	12
3 973 400	—	3 973 400	3 851 200	+ 122 200	13
426 705	102 264	528 969	543 854	— 14 885	14
33 387	25 052	58 439	60 939	— 2 500	15
112	—	112	102	+ 10	19
29	—	29	29	—	20
39 674	858 931	898 605	944 267	— 45 662	23
6 097	749 537	755 634	720 429	+ 35 205	25
1 250	—	1 250	1 232	+ 18	27
35 539	35 000	70 539	70 431	+ 108	30
5 038	103 026	108 064	92 781	+ 15 283	31
800 006	26 656 400	27 456 406	34 781 504	— 7 325 098	32
2 350	119 650	122 000	109 000	+ 13 000	33
80 200	164 630	244 830	241 900	+ 2 930	35
12 128	10 769	22 897	21 557	+ 1 340	36
6 166 503	1 301 283	203 535 786	186 777 937	+ 16 757 849	60
13 639 222	31 061 078	240 768 500	231 155 000	+ 9 613 500	
9 597 399	38 615 401				
+ 4 041 823	— 7 554 323				

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	Schulden- dienst
		1982 1000 DM	1982 1000 DM	1982 1000 DM	1982 1000 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundes- präsidialamt	8 469	5 179	—	—
02	Deutscher Bundestag	235 612	61 252	—	—
03	Bundesrat	6 222	3 202	—	—
04	Bundeskanzler und Bundes- kanzleramt	76 002	277 610	—	—
05	Auswärtiges Amt	547 477	136 739	—	—
06	Bundesminister des Innern	1 333 206	477 532	—	—
07	Bundesminister der Justiz	252 960	81 005	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	1 731 397	446 009	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	293 760	153 434	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	240 592	109 690	—	65
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	479 005	71 528	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	1 045 382	1 376 281	—	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	397	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	17 801 697	5 376 082	18 969 765	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	113 030	66 305	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	9 665	1 731	—	—
20	Bundesrechnungshof	32 383	3 461	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	32 241	16 676	—	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	62 339	49 781	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	30 355	10 621	—	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	52 437	18 412	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	22 481	4 930	—	—
32	Bundesschuld	12 689	307 496	—	23 204 425
33	Versorgung	7 577 202	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammen- hang mit dem Aufenthalt auslän- discher Streitkräfte	443 417	378 148	—	—
36	Zivile Verteidigung	113 457	218 263	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 711 500	124 596	—	—
	Summe Haushalt 1982	34 265 374	9 775 963	18 969 765	23 204 490
	Summe Haushalt 1981	33 810 025	9 219 029	17 483 064	17 018 477
	gegenüber 1981 — mehr(+)/weniger(—) —	+ 455 349	+ 556 934	+ 1 486 701	+ 6 186 013

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben			Epl.
			1982	1981	gegenüber 1981 mehr (+) weniger (-)	
			1000 DM	1000 DM	1000 DM	
7	8	9	10	11	12	13
1 385	373	—	15 406	15 116	+ 290	01
50 920	10 282	—	358 066	367 620	— 9 554	02
181	290	—	9 895	10 194	— 299	03
57 245	3 204	—	414 061	411 692	+ 2 369	04
1 489 726	98 183	—	2 272 125	2 121 726	+ 150 399	05
1 237 217	425 940	—	3 473 895	3 484 312	— 10 417	06
12 464	8 102	—	354 531	346 463	+ 8 068	07
451 847	461 357	—	3 090 610	3 057 321	+ 33 289	08
2 096 122	2 081 027	—	4 624 343	5 809 893	— 1 185 550	09
4 505 411	1 124 896	1 269	5 981 923	6 091 214	— 109 291	10
52 799 753	1 020 746	—	54 371 032	54 402 680	— 31 648	11
10 563 709	11 676 061	—	24 661 433	25 016 682	— 355 249	12
—	15 750	—	16 147	15 497	+ 650	13
1 396 084	284 372	—	43 828 000	42 061 811	+ 1 766 189	14
17 946 537	88 822	—	18 214 694	20 179 196	— 1 964 502	15
—	726	—	12 122	11 565	+ 557	19
12	3 575	—	39 431	35 872	+ 3 559	20
925 420	5 131 864	—	6 106 201	5 840 902	+ 265 299	23
1 880 246	2 749 037	—	4 741 403	5 012 268	— 270 865	25
295 225	86 066	—	422 267	465 624	— 43 357	27
4 233 797	2 233 050	— 1 269	6 536 427	6 074 318	+ 462 109	30
2 824 147	1 589 976	—	4 441 534	4 269 462	+ 172 072	31
787 263	1 850 201	—	26 162 074	19 125 923	+ 7 036 151	32
2 234 470	—	—	9 811 672	9 891 441	— 79 769	33
218 885	364 700	—	1 405 150	1 399 850	+ 5 300	35
81 121	356 418	—	769 259	740 590	+ 28 669	36
16 370 233	1 413 470	— 985 000	18 634 799	14 895 768	+ 3 739 031	60
122 459 420	33 078 488	— 985 000	240 768 500	231 155 000	+ 9 613 500	
123 469 616	31 909 789	— 1 755 000				
— 1 010 196	+ 1 168 699	+ 770 000				

Anlage zur Haushaltsübersicht

**Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan
und deren Inanspruchnahme**

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächti- gung 1982 1000 DM	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden				
			1983	1984	1985	Folgejahre	Für künftige Haushalts- jahre
			1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsidialamt.....	—	—	—	—	—	—
02	Deutscher Bundestag	200	200	—	—	—	—
03	Bundesrat	—	—	—	—	—	—
04	Bundeskanzleramt	18 688	18 200	488	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	834 061	388 731	291 785	70 169	51 276	32 100
06	Bundesminister des Innern	386 911	231 399	83 812	36 400	—	35 300
07	Bundesminister der Justiz	2 029	2 029	—	—	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	168 220	131 720	36 500	—	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	3 355 891	829 341	804 157	785 393	361 000	576 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	871 707	361 222	200 585	131 900	178 000	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	463 220	285 178	49 388	20 588	38 066	70 000
12	Bundesminister für Verkehr	3 154 166	2 078 483	787 217	288 466	—	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	18 300	10 000	8 300	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung ..	10 887 063	5 044 216	2 786 267	1 863 680	1 192 900	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	147 818	55 468	41 750	50 300	—	300
19	Bundesverfassungsgericht	—	—	—	—	—	—
20	Bundesrechnungshof	—	—	—	—	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 209 600	521 600	429 925	311 525	707 550	4 239 000
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1 651 480	221 700	411 168	389 452	629 160	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	74 650	48 950	20 700	5 000	—	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	3 863 134	991 087	1 031 369	1 105 078	535 600	200 000
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	476 166	197 851	153 905	100 408	24 002	—
32	Bundesschuldenverwaltung	—	—	—	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	38 500	29 500	9 000	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	246 957	162 216	47 234	4 503	4	33 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	673 000	293 000	158 000	72 000	—	150 000
	Summe	33 541 761	11 902 091	7 351 550	5 234 862	3 717 558	5 335 700

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

Betrag für 1982	Betrag für 1981
— 1000 DM —	

Ermittlung des Finanzierungssaldos

1.	Ausgaben	240 105 000	231 155 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2.	Einnahmen	213 065 000	196 895 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3.	Finanzierungssaldo	— 27 040 000	— 34 260 000

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4.	Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt		
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(72 291 000)	(75 378 000)
4.101	zu allgemeinen Zwecken	72 291 000	75 378 000
4.102	zu besonderen Zwecken	—	—
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	45 791 000	41 603 000
4.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
4.4	Ausgaben für Marktpflege	—	—
	Saldo	— 26 500 000	— 33 775 000
5.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	—	—
6.	Rücklagenbewegung		
6.1	Entnahmen aus Rücklagen	—	—
6.2	Zuführungen an Rücklagen	—	—
7.	Münzeinnahmen	— 540 000	— 485 000
8.	Finanzierungssaldo	— 27 040 000	— 34 260 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

Betrag für 1982	Betrag für 1981
— 1000 DM —	

1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt

davon voraussichtlich

1.1	langfristig	(72 291 000)	(50 378 000)
1.101	zu allgemeinen Zwecken	40 291 000	50 378 000
1.102	zu besonderen Zwecken	—	—
1.2	kürzerfristig	32 000 000	25 000 000
	Summe 1	72 291 000	75 378 000

2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt

2.1	Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren	(13 048 000)	(21 797 000)
2.101	Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	—	—
2.102	Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen)	2 915 000	5 317 000
2.103	Bundesschatzbriefe	5 128 000	10 517 000
2.104	Schuldbuchkredite	—	—
2.105	Schuldscheindarlehen	2 928 000	5 630 000
2.106	Kassenobligationen	1 930 000	190 000
2.107	Bundessobligationen	—	—
2.108	Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz	9 000	9 000
2.109	Ablösungsschuld	58 000	58 000
2.110	Altsparerentschädigung	—	—
2.112	Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	6 000	5 000
2.113	Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	—	—
2.114	Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	—	—
2.115	Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	74 000	71 000

		Betrag für 1982	Betrag für 1981
		— 1000 DM —	
2.2	Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren.....	(32 743 000)	(19 806 000)
2.201	Kassenobligationen	6 008 000	7 630 000
2.202	Unverzinsliche Schatzanweisungen.....	840 000	2 305 000
2.203	Finanzierungsschätze des Bundes	1 685 000	1 633 000
2.204	Schuldscheindarlehen	24 210 000	8 238 000
2.3	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
2.4	Marktpflege.....	—	—
	Summe 2	45 791 000	41 603 000
3.	Saldo aus 1. und 2. (im Haushaltsplan veranschlagte Netto-neuverschuldung am Kreditmarkt).....	26 500 000	33 775 000
4.	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—
5.	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—

Übersichten
zum Bundeshaushaltsplan
1982¹⁾

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

¹⁾ Anlagen gem. § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S 1284) auf der Grundlage des gemeinsamen Gruppierungs- und Funktionenplans von Bund und Ländern nach dem Stand vom 16. Dezember 1974 (MinBlFin S. 757).

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		— Millionen DM —	

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabengruppen

0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	196 068	182 942
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	148 658	138 322
02-04	Bundessteuern	46 870	44 135
09	Steuerähnliche Abgaben	540	485
091	Einnahmen aus Abschöpfungen	0	0
092	Münzeinnahmen	540	485
099	Sonstige	—	—
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen .	16 576	12 904
11	Verwaltungseinnahmen	2 602	2 487
111	Gebühren, sonstige Entgelte	1 892	1 793
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	24	26
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13.....	208	220
119	Sonstige	477	449
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	10 794	6 838
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	6 280	2 452
122	Konzessionsabgaben	3 961	3 846
124	Mieten und Pachten	506	496
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	42	40
129	Sonstige	5	5
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	244	272
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	172	144
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	69	73
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	1	49
134	Kapitalrückzahlungen	1	6
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	240	233
152	von Ländern	233	227
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	6	6
155	vom ERP-Sondervermögen	0	0
157	von Zweckverbänden	0	0
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	721	746
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	24	30
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	325	301
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	372	415
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	493	472
172	von Ländern	469	444
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	23	26
174	vom Lastenausgleichsfonds	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		— Millionen DM —	
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
177	von Zweckverbänden	1	1
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1 483	1 856
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	325	325
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	642	743
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	516	788
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investi- tionen	1 619	1 528
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	12	13
232	von Ländern	11	12
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	1	1
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	339	329
242	von Ländern	88	112
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	233	201
245	vom ERP-Sondervermögen	3	3
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	11	11
247	von Zweckverbänden	3	3
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	32	30
252	von Ländern	32	30
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	906	866
271	aus dem Inland	161	159
276	aus dem Ausland	745	707
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	315	276
281	Erstattungen aus dem Inland	80	70
282	Zuschüsse aus dem Inland	11	10
286	Erstattungen aus dem Ausland	224	197
287	Zuschüsse aus dem Ausland	—	—
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	14	14
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	26 506	33 781
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	—	—
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	26 500	33 775
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	26 500	33 775
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	6	6
341	Beiträge	6	5
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	1
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	—	—
351	aus der Ausgleichsrücklage	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		– Millionen DM –	
352	aus der Betriebsmittelrücklage	–	–
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	–	–
359	Sonstige	–	–
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	–	–
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	–	–
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Gesamteinnahmen	240 769	231 155
4	Personalausgaben	34 265	33 810
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	158	164
411	Aufwendungen für Abgeordnete	156	161
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2	2
42	Dienstbezüge und dergleichen	23 633	23 763
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	8	8
422	Bezüge der Beamten und Richter	4 921	4 913
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden	10 348	10 482
425	Vergütungen der Angestellten	3 731	3 735
426	Löhne der Arbeiter	4 075	4 078
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	107	103
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	444	445
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	7 231	7 367
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staats- sekretärs, Wehrbeauftragten	4	4
432	der Beamten und Richter	1 549	1 567
433	der Soldaten	2 211	2 152
435	der Angestellten	0	0
437	nach G 131	3 466	3 642
439	Sonstige	1	1
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	1 020	936
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	300	290
442	Unterstützungen	4	4
443	Fürsorgeleistungen	388	339
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	328	303
45	Personalbezogene Sachausgaben	513	509
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	31	31
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	480	476
459	Sonstiges	2	2
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	1 709	1 072
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	51 950	43 721
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	9 776	9 219

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		— Millionen DM —	
511	Geschäftsbedarf	112	103
512	Bücher, Zeitschriften	16	15
513	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	629	617
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	108	106
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	221	219
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse)	48	50
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 528	1 386
518	Mieten und Pachten	706	687
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	850	713
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1 145	1 089
522	Verbrauchsmittel	1 453	1 447
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	1	1
524	Lehr- und Lernmittel	7	6
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	495	396
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	115	107
527	Dienstreisen	245	253
529	Verfüugungsmittel	18	16
531-546	Sonstiges	2 026	1 951
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	54	54
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	18 970	17 483
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	23 204	17 018
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
573	für Ausgleichsforderungen	314	317
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	22 890	16 701
576	an Ausland	0	1
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	0	0
591	an öffentliche Unternehmen	—	—
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
593	für Ausgleichsforderungen	—	—
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	0	0
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	122 459	123 470
61	Allgemeine Finanzausweisungen an öffentlichen Bereich	14 227	17 511
612	an Länder	10 087	9 620
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	4 140	7 891
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	152	340
622	an Länder	133	287
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	13	46
625	an ERP-Sondervermögen	6	7
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
627	an Zweckverbände	—	—

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		— Millionen DM —	
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	995	981
632	an Länder	734	737
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	261	244
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	10 388	10 693
642	an Länder	5 517	5 713
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 940	1 894
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	2 922	3 078
647	an Zweckverbände	9	8
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	38 405	35 020
652	an Länder	2 723	2 741
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	63	55
654	an Lastenausgleichsfonds	1 177	1 125
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	34 442	31 100
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 589	1 124
661	an öffentliche Unternehmen	823	628
662	an private Unternehmen	328	309
663	an Sonstige im Inland	438	186
666	an Ausland	1	1
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1 536	1 551
671	an Inland	1 397	1 423
676	an Ausland	113	109
678	an DDR	25	19
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	52 414	54 083
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	29 424	31 021
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	6 510	6 459
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	1 972	2 852
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	742	688
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	5 348	5 129
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	3 762	3 424
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 081	3 935
688	Ausgleichsleistungen an die DDR	575	575
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	2 755	2 167
697	an Unternehmen	232	270
698	an Sonstige im Inland	2 422	1 796
699	an Ausland	100	100
7	Baumaßnahmen	5 954	6 134
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	27 124	25 776
81	Erwerb von beweglichen Sachen	930	966
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	244	237
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	416	416
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	100	102

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1982	1981
		– Millionen DM –	
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	0	0
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	10	12
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	160	201
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	431	417
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	1 228	911
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	545	297
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	683	614
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	1 890	1 818
852	an Länder	1 872	1 800
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	18	19
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3 375	3 261
861	an öffentliche Unternehmen	113	139
862	an private Unternehmen	240	281
863	Darlehen an Sonstige im Inland	66	72
866	Darlehen an Ausland	2 956	2 769
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1 850	1 250
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	7 480	7 218
882	an Länder	7 072	6 856
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	408	362
887	an Zweckverbände	–	–
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	9 940	9 934
891	an öffentliche Unternehmen	3 651	3 679
892	an private Unternehmen	3 128	2 642
893	an Sonstige im Inland	1 250	1 656
896	an Ausland	1 501	1 502
898	an DDR	410	455
9	Besondere Finanzierungsausgaben	– 985	– 1 755
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	–	–
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	–	–
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	– 985	– 1 755
971	Globale Mehrausgaben	315	145
972	Globale Minderausgaben	– 1 300	– 1 900
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Gesamtausgaben	240 769	231 155

Ausgaben	1982	1981
	– Millionen DM –	

Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten

I Laufende Rechnung

1	Personalausgaben	34 265	33 810
11	Aktivitätsbezüge	26 309	25 889
12	Versorgung	7 956	7 921
2	Laufender Sachaufwand	35 700	33 311
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 995	1 803
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	18 970	17 483
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	14 735	14 026
3	Zinsausgaben	23 204	17 018
31	an Verwaltungen	—	—
32	an andere Bereiche	23 204	17 018
321	Sozialversicherung	—	—
322	sonstige	23 204	17 018
4	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	112 473	114 483
41	an Verwaltungen	22 327	22 048
411	Länder	19 130	18 955
412	Gemeinden	2 004	1 954
413	LAF	1 177	1 125
414	ERP	6	7
415	Zweckverbände	9	8
42	an andere Bereiche	90 147	92 435
421	an Unternehmen	9 798	10 478
422	an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 081	3 935
423	Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 521	31 113
424	an Sozialversicherung	41 764	42 312
425	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	742	688
426	an Ausland	4 241	3 909
	Summe laufende Ausgaben	205 643	198 623

Ausgaben		1982	1981
		— Millionen DM —	
II Kapitalrechnung			
1	Sachinvestitionen	7 316	7 518
11	Baumassnahmen	5 954	6 134
12	Erwerb von beweglichen Sachen	930	966
13	Grunderwerb	431	417
2	Vermögensübertragungen	20 767	19 674
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 420	17 152
211	an Verwaltungen	7 480	7 218
2111	Länder	7 072	6 856
2112	Gemeinden	408	362
212	an andere Bereiche	9 940	9 934
2121	Inland	8 029	7 978
2122	Ausland	1 912	1 957
22	sonstige Vermögensübertragungen	3 347	2 522
221	an Verwaltungen	233	257
2211	Länder	221	215
2212	Gemeinden	12	42
222	an andere Bereiche	3 114	2 265
2221	Unternehmen-Inland	592	369
2222	Private Haushalte-Inland	2 422	1 796
2223	Ausland	100	100
3	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	8 343	7 240
31	Darlehensgewährung	7 115	6 329
311	an Verwaltungen	1 890	1 818
3111	Länder	1 872	1 800
3112	Gemeinden	18	19
312	an andere Bereiche	5 225	4 511
3122	Sonstige-Inland	2 269	1 742
3123	Ausland	2 956	2 769
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 228	911
321	Inland	545	297
322	Ausland	683	614
4	Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	—	—
	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 426	34 432
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	— 1 300	— 1 900
	Ausgaben zusammen	240 768	231 155
III Finanzierung			
6	Zuführung an Rücklagen	—	—
	Summe	—	—
7	(Saldo Finanzierungsüberschuß)	—	—
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Ausgaben lt. Haushaltsplan	240 768	231 155

Einnahmen		1982	1981
		— Millionen DM —	
I Laufende Rechnung			
1	Steuern¹⁾	195 528	182 457
2	Steuerähnliche Abgaben	0	0
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	10 794	6 838
31	Mieten und Pachten	506	496
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	10 288	6 342
4	Zinseinnahmen	961	979
41	von Verwaltungen	240	233
4111	Länder	233	227
4112	Gemeinden	6	6
4114	ERP	0	0
4115	Zweckverbände	0	0
42	von anderen Bereichen	721	746
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	722	673
51	von Verwaltungen	371	360
5111	Länder	131	154
5112	Gemeinden	234	201
5114	ERP	3	3
5115	Zweckverbände	3	3
52	von anderen Bereichen	351	313
521	Sozialversicherung	12	11
522	Sonstige-Inland	115	105
523	Ausland	224	197
6	Sonstige laufende Einnahmen	3 484	3 328
	Summe laufende Einnahmen	211 489	194 276

¹⁾ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder

Einnahmen		1982	1981
		— Millionen DM —	
II Kapitalrechnung			
1	Veräußerung von Sachvermögen	241	217
2	Vermögensübertragungen	20	213
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	6	6
211	von Verwaltungen	—	—
212	von anderen Bereichen	6	6
2122	Sonstige-Inland	6	6
22	Sonstige Vermögensübertragungen	14	207
3	Darlehnsrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	1 978	2 189
31	Darlehnsrückflüsse	1 976	2 134
311	von Verwaltungen	526	502
3111	Länder	502	474
3112	Gemeinden	23	26
3115	Zweckverbände	1	1
312	von anderen Bereichen	1 450	1 633
3122	Sonstige-Inland	934	845
3123	Ausland	516	788
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	3	55
4	Darlehnsaufnahme bei Verwaltungen	—	—
	Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	2 240	2 619
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	—	—
	Einnahmen zusammen	213 729	196 895
III Finanzierung			
61	Nettokreditaufnahme	26 500	33 775
62	Entnahme aus Rücklagen	—	—
63	Münzeinnahmen	540	485
	Summe	27 040	34 260
7	(Saldo Finanzierungsdefizit)	27 040	34 260
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Einnahmen lt. Haushaltsplan	240 769	231 155

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger werden — der Finanzstatistik folgend — den sonstigen Bereichen zugeordnet.
- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind, werden **nicht** wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den "sonstigen Vermögensübertragungen" nachgewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge: Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung: Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens: Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand: Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519 und 521) und 67; Gruppe 685.

Zinsausgaben an Verwaltungen: Obergruppe 56.

Zinsausgaben an andere Bereiche: Obergruppe 57.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich: Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen: Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt: Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen: Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung: Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter: Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland: Gruppen 666 und 686.

Baumaßnahmen: Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen: Obergruppe 81.

Grunderwerb: Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 88 (ohne Gruppe 886).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche: Gruppen 886, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland: Gruppe 896.

Sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich: Gruppen 692 und 693 (einschließlich Tilgungszuweisungen).

Sonstige Vermögensübertragungen an Unternehmen: Gruppe 697 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland: Gruppe 698 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Ausland: Gruppe 699 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Darlehen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 85 ohne Gruppe 856.

Darlehen an sonstige Bereiche: Gruppen 856, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland: Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland: Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland: Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften: Obergruppe 58 (ohne Gruppe 586).

Zuführung an Rücklagen: Obergruppe 91.

Steuern: Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben: Obergruppe 09 (ohne Gruppen 092).

Mieten und Pachten: Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit: Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 15 (ohne Gruppe 156).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen: Obergruppe 16.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 216, 226, 246 und 256 sowie ohne Tilgungszuweisungen).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 261, 281 und 282; Gruppe 112 (ohne Tilgungszuschüsse).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 266, 286 und 287 (ohne Tilgungszuschüsse).

Sonstige laufende Einnahmen: Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen: Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 33 (ohne Gruppe 336).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 336, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppe 346.

Sonstige Vermögensübertragungen: Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 17 (ohne Gruppe 176).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 141, 176, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen: Gruppen 133 und 134.

Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen: Gruppen 312 bis 317.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt¹⁾ : Obergruppen 32 und 36 abzüglich Obergruppen 59 und 586.

Entnahme aus Rücklagen: Obergruppe 35.

Münzeinnahmen: Gruppe 092.

Die vorstehende ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) ab Haushaltsjahr 1980 die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Gemeinden. Dabei ist jedoch diese ab 1980 geltende Veranschlagung nicht auf den bereits verabschiedeten Haushaltsplan 1979 übertragen worden.

¹⁾ Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			

Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

0	Allgemeine Dienste	2 599	62 255	2 894	59 418
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	195	5 864	202	5 625
011	Politische Führung	54	2 057	56	1 941
012	Innere Verwaltung	2	86	3	74
013	Informationswesen	6	126	5	125
014	Statistischer Dienst	4	134	4	136
015	Zivildienst	8	507	8	474
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	55	2 115	66	2 078
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	1	15	2	15
018	Hochbauverwaltung	63	241	57	232
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	1	584	1	548
02	Auswärtige Angelegenheiten	1 586	8 222	1 863	7 819
021	Auslandsvertretungen	26	516	25	492
022	Internationale Organisationen	610	318	570	276
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	898	6 054	943	5 790
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	7	732	7	704
029	Sonstiges	45	602	317	557
03	Verteidigung	788	46 475	799	44 274
031	Verwaltung	—	6 943	—	6 946
032	Deutsche Verteidigungstreitkräfte	504	35 454	521	33 291
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufent- halt ausländischer Streitkräfte	245	1 405	242	1 400
034	Zivile Verteidigung	23	765	22	736
036	Wissenschaftliche Forschung	17	1 644	15	1 533
037	Unterhaltssicherung	—	265	—	368
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10	1 522	9	1 530
041	Bundesgrenzschutz	8	1 048	8	1 052
042	Polizei	1	271	1	294
044	Feuerschutz	—	—	—	—
049	Sonstiges	0	202	1	184
05	Rechtsschutz	21	172	21	169
051	Verfassungsgerichte	0	12	0	12
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	18	90	17	92
053	Verwaltungsgerichte	1	21	1	19
054	Arbeits- und Sozialgerichte	1	24	1	23
055	Finanzgerichte	1	12	1	12
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0	13	1	12

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	346	13 205	393	12 140
11	Verwaltung	—	3	—	3
12	Schulen und vorschulische Bildung	—	44	—	49
13	Hochschulen	8	967	8	731
131	Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten	—	1	—	1
137	Fachhochschulen	8	11	8	11
139	Sonstiges	—	939	—	719
14	Förderung des Bildungswesens	103	2 516	86	2 546
141	Ausbildungsförderung für Schüler	—	1 080	—	1 080
142	Ausbildungsförderung für Studierende	101	1 328	84	1 327
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler	—	—	—	—
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	2	88	2	98
146	Studentenwohnraumförderung	—	20	—	40
149	Sonstiges	—	0	—	0
15	Sonstiges Bildungswesen	3	536	3	519
151	Außerschulische Jugendbildung	—	18	—	17
153	Sonstige Weiterbildung	—	22	—	21
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2	331	2	319
156	Förderung der politischen Bildung	1	119	1	118
157	Bibliothekswesen	—	—	—	0
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	2	—	3
159	Sonstiges	—	44	—	40
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen ¹⁾	233	8 995	297	8 147
161	Fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisationen in Wissenschaft und Forschung	—	751	—	718
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation, Dokumentationsforschung	0	255	0	215
163	Wissenschaftliche Museen	—	22	—	22
164	Sonderforschungsbereiche	—	206	—	198
165	Kernforschung	—	2 098	—	1 978
166	Sonstige Energieforschung	—	893	—	697
167	Weltraumforschung und -technik	—	849	—	803
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	107	—	140
169	Technologische Forschung und Entwicklung	73	740	193	461
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	83	781	27	758
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	569	—	520
173	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	—	317	—	276
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	19	271	18	256
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	13	630	16	576
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	0	34	0	33
177	Boden- und Meeresforschung	9	287	7	322

¹⁾ Einschl. Zuschüsse zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung 036

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
178	Bildungswesen.....	—	28	—	26
179	Sonstiges	35	158	35	148
18	Kunst- und Kulturpflege.....	—	103	—	103
181	Theater	—	0	—	—
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege.....	—	16	—	16
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	5	—	5
184	Denkmalsschutz und Denkmalspflege.....	—	5	—	4
189	Sonstiges	—	77	—	79
19	Kirchliche Angelegenheiten.....	—	42	—	42
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgaufgaben, Wiedergutmachung.....	335	81 882	299	83 530
21	Verwaltung	1	341	1	329
211	Versicherungsbehörden	1	21	1	20
214	Versorgungsämter	—	0	—	0
215	Lastenausgleichsverwaltung.....	0	20	0	22
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	0	300	0	287
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	8	38 940	8	39 320
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	—	22 314	—	18 921
222	Knappschaftsversicherung	—	8 576	—	8 506
223	Unfallversicherung	8	511	8	567
224	Krankenversicherung	—	1 112	—	1 061
225	Arbeitslosenversicherung	—	4 140	—	7 892
226	Altershilfe für Landwirte	—	2 251	—	2 341
229	Sonstige Sozialversicherungen	0	35	0	32
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	45	19 708	44	21 962
231	Kindergeld	0	17 030	0	18 990
232	Mutterschutz	—	1 050	—	1 252
233	Wohngeld	—	1 059	—	1 100
234	Sozialhilfeleistungen	0	141	0	152
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege.....	0	84	0	91
237	Jugendhilfeleistungen.....	25	175	22	213
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs ...	9	11	11	9
239	Förderung der freien Jugendhilfe.....	11	159	11	154
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	246	15 992	212	15 672
241	Leistungen der Kriegsoferversorgung und gleichartige Leistungen	0	11 845	0	11 679
242	Einrichtungen der Kriegsoferversorgung	—	78	—	78
243	Lastenausgleich.....	—	1 177	—	1 125
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	—	1 104	—	1 104
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen.....	—	38	—	41
246	Vertriebene und Flüchtlinge.....	1	199	1	210
247	Kriegsofperfürsorge	235	1 057	200	956
249	Sonstiges	10	495	11	479

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	35	3 630	34	3 614
251	Arbeitslosenhilfe	0	2 773	0	2 661
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschu- lung	10	68	9	66
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeits- förderung	25	725	24	840
254	Arbeitsschutz	0	65	0	48
26	Naturkatastrophen	—	—	—	—
27	Förderung der Vermögensbildung	—	2 900	—	2 250
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	371	0	382
3	Gesundheit, Sport und Erholung	5	1 807	39	1 496
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens ...	1	1 443	35	1 110
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1	1 295	35	986
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	138	0	117
319	Sonstiges	0	10	0	6
32	Sport und Erholung	0	77	0	79
323	Sportstätten	—	23	—	24
324	Förderung des Sports	—	48	—	49
329	Sonstiges	0	6	0	6
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämp- fung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	4	286	4	307
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	843	2 767	805	2 889
41	Wohnungswesen	803	2 161	766	2 170
411	Förderung des Wohnungsbaues	803	2 156	766	2 165
419	Sonstiges	—	6	—	6
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	—	2	—	2
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	41	147	39	143
44	Städtebauförderung	0	457	0	574
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	362	1 999	308	2 043
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	4	44	5	50
511	Ernährung und Landwirtschaft	4	44	5	50
52	Verbesserung der Agrarstruktur	235	1 213	203	1 280
521	Flurbereinigung ¹⁾	31	—	26	—
522	Einzelbetriebliche Förderung ¹⁾	141	10	122	10
523	Verbesserung der Marktstruktur ¹⁾	—	—	—	—
524	Wirtschaftswege ¹⁾	—	—	—	—
528	EWG-Ausrichtungsfonds	54	—	48	—
529	Sonstiges ¹⁾	9	1 203	7	1 270

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	82	630	57	567
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	78	164	53	102
533	Gasölverbilligung	—	460	—	460
534	Aufwertungsausgleich	—	—	—	—
539	Sonstiges	4	6	4	6
54	Sonstige Bereiche	40	112	43	145
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienst- leistungen	1 480	5 888	1 515	6 298
61	Verwaltung	224	213	237	215
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	1	946	1	768
621	Kernenergie	—	139	—	120
622	Sonstige Energieformen	1	35	1	18
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau ¹⁾	0	—	1	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	0	—	0	—
625	Küstenschutz ¹⁾	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	310	—	331
627	Sonstige Energieversorgung	—	300	—	193
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	—	116	—	64
629	Sonstiges	—	47	—	42
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	5	2 157	5	3 407
631	Kohlenbergbau	5	1 296	5	2 457
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	1
634	Verarbeitende Industrie	—	771	—	862
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	89	—	87
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	1	—	1
64	Handel	0	92	0	96
641	Handel (allgemein)	—	18	—	17
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	50	—	55
643	Märkte und Inlandsmessen	0	—	0	—
649	Sonstiges	—	24	—	24
65	Fremdenverkehr	—	36	—	36
66	Geld- und Versicherungswesen	31	34	34	34
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	13	12	13	12
662	Versicherungen	18	22	21	22
669	Sonstiges	—	—	—	—
67	Sonstige Dienstleistungen	0	11	0	11
68	Sonstige Bereiche	830	2 007	872	1 276
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	388	390	365	456
691	Betriebliche Investitionen	293	121	287	151
692	Verbesserung der Infrastruktur	9	218	11	244
699	Sonstiges	86	51	67	61

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 082	13 145	986	13 861
71	Verwaltung	270	405	267	405
711	Straßen- und Brückenbau	7	—	7	—
712	Wasserstraßen und Häfen	208	268	203	268
719	Sonstiges	55	138	57	138
72	Straßen	123	7 277	120	7 520
721	Bundesautobahnen	91	3 028	87	3 141
722	Bundesstraßen	21	2 462	20	2 407
723	Landstraßen	—	61	—	56
725	Gemeindestraßen	3	1 359	3	1 365
729	Sonstiges	8	366	10	551
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	80	1 530	75	1 686
74	Schienenverkehr	89	1 525	84	1 672
75	Luftfahrt	436	563	369	581
751	Flugsicherung	435	436	368	452
759	Sonstiges	2	127	1	129
76	Wetterdienst	79	146	64	144
77	Nachrichtenwesen	—	324	—	328
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	324	—	328
78	Sonstige Bereiche	5	1 376	6	1 525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 765	13 755	6 826	13 225
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	35	33	33	33
811	Domänen	—	0	—	—
812	Forsten	35	33	33	33
82	Versorgungsunternehmen	1	0	0	0
83	Verkehrsunternehmen	3 982	12 986	3 896	12 652
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	2	—	1
832	Eisenbahnen	—	12 862	—	12 610
833	Schifffahrt	2	2	2	3
834	Häfen und Umschlag	0	—	0	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	30	121	59	39
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	3 950	—	3 835	—
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	6 268	462	2 412	273
851	Bergbau	1	41	1	91
852	Industrielle Unternehmen	137	206	122	162
853	Banken und Kreditinstitute	6 106	200	2 270	0
859	Sonstiges	24	16	20	21

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1982		1981	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	11	—	15	—
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	11	—	15	—
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	468	273	469	266
871	Allgemeines Grundvermögen	468	273	422	266
872	Allgemeines Kapitalvermögen	0	—	47	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	222 951	44 066	217 090	36 256
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	195 528	10 087	182 457	9 620
92	Schulden	26 658	23 822	33 933	17 637
93	Versorgung	122	9 812	109	9 891
931	Versorgung der Beamten und Richter	8	1 495	7	1 508
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	0	2 219	0	2 159
933	Beihilfen für Versorgungsempfänger	—	328	—	303
934	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungs- gesetz vom Bund übernommen worden sind	—	61	—	67
935	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffent- lichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienst- stellen sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	40	2 964	35	3 164
936	Versorgung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichs- arbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131) ...	74	2 744	67	2 691
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	310	—	300
95	Rücklagen	—	—	—	—
96	Sonstiges	643	121	591	96
97	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten	—	— 86	—	— 1 288
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	1 014	—	612
988	Globale Mehrausgaben/Globale Mindereinnahmen	—	200	—	—
989	Globale Minderausgaben/Globale Mehreinnahmen	—	— 1 300	—	— 1 900
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	240 769	240 769	231 155	231 155

Teil III: Haushaltsquerschnitt

- A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen
- B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen
						Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	Allgemeine Dienste	96	—	613	7	0	3	—	383	387
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	25	—	76	1	0	0	—	0	0
02	Auswärtige Angelegenheiten	17	—	52	2	—	—	—	364	364
03	Verteidigung	32	—	479	3	0	3	—	19	23
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2	—	5	1	—	0	—	0	0
05	Rechtsschutz	20	—	0	0	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	88	—	32	0	—	—	—	20	20
13	Hochschulen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
14	Förderung des Bildungswesens ...	—	—	—	—	—	—	—	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	—	—	1	—	—	—	—	1	1
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	88	—	30	0	—	—	—	15	15
19	Übrige Bereiche aus 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	0	—	25	1	1	0	—	9	10
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	4	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	—	20	—	0	—	—	—	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	—	2	1	1	—	—	0	1
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	—	0	—	—	—	—	—	—
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	1	—	1	—	—	—	1
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	—	1	1	—	—	—	0	0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	—	—	1	0	—	0	—	9	9
29	Übrige Bereiche aus 2	—	—	0	—	—	—	—	0	0
3	Gesundheit und Sport	0	—	4	0	0	—	—	—	0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	—	0	—	0	—	—	—	0
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	0	—	—	—	0
319	Übrige Bereiche aus 31	0	—	0	—	—	—	—	—	—
32	Sport	—	—	0	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	—	—	3	0	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	—	—	6	—	160	2	—	104	265
41	Wohnungswesen	—	—	6	—	141	0	—	104	245
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	18	2	—	—	20
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	0	—	—	—	0

– Millionen DM –

[illegible]

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen
						Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4	—	106	0	26	—	—	20	46
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	—	9	—	26	—	—	16	41
521	Flurbereinigung	—	—	—	—	3	—	—	—	3
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	0	—	23	—	—	16	39
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	9	—	—	—	—	0	0
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	0	—	82	—	—	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Übrige Bereiche aus 53	0	—	82	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	4	—	15	0	—	—	—	4	4
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1 002	—	19	0	2	0	0	12	14
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	1	—	—	—	0	0	0
622	Sonstige Energieformen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	0	0	0
63	Bergbau, und verarbeitendes Ge- werbe	—	—	5	—	—	—	—	—	—
64	Handel	—	—	—	—	0	—	—	—	0
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	2	0	0	0	3
69	Übrige Bereiche aus 6	1 002	—	13	0	—	—	—	11	11
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen .	702	—	111	5	44	0	—	1	45
72	Straßen	—	—	71	2	2	0	—	1	3
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	45	—	7	0	0	—	—	1	1
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	41	—	—	—	41
75	Luftfahrt	386	—	4	0	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	272	—	29	2	—	—	—	—	—
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	—	10 556	170	—	—	—	17	17
81	Wirtschaftsunternehmen	—	—	10 259	0	—	—	—	17	17
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	—	298	170	—	—	—	0	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	—	195 528	8	60	1	—	0	155	157
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen ...	—	195 528	—	—	—	—	—	—	—
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	0	155	155
93	Versorgung	—	—	2	—	—	—	—	—	—
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	5	60	1	—	—	—	1
	Gesamteinnahmen	1 892	195 528	11 479	244	233	6	0	721	961

— Millionen DM —

Darlehensrückflüsse von					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schulden- auf- nahmen bei Verwal- tungen	Zuwei- sungen, Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ver- mögens- über- tragungen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände			Länder	Gemein- den u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
59	—	—	93	152	—	—	54	—	—	—	—	362	5
59	—	—	72	131	—	—	54	—	—	—	—	235	52
29	—	—	—	29	—	—	—	—	—	—	—	31	521
30	—	—	72	102	—	—	—	—	—	—	—	141	522
—	—	—	—	—	—	—	54	—	—	—	—	54	523
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	9	529
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	82	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	82	539
—	—	—	21	21	—	—	0	—	—	—	—	45	59
14	8	1	311	334	—	—	111	—	—	—	—	1 480	6
—	—	0	0	1	—	—	—	—	—	—	—	1	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	0	0	1	—	—	—	—	—	—	—	1	629
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	63
0	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	0	64
14	8	1	293	315	—	—	70	—	—	—	—	388	65
—	—	—	18	18	—	—	41	—	—	—	—	1 085	69
53	0	—	12	66	9	—	130	—	—	14	—	1 082	7
5	0	—	4	10	—	—	37	—	—	—	—	123	72
1	—	—	4	4	—	—	9	—	—	14	—	80	73
48	—	—	—	48	—	—	—	—	—	—	—	89	74
—	—	—	0	0	—	—	46	—	—	—	—	436	75
—	—	—	4	4	9	—	38	—	—	—	—	354	79
—	—	—	19	19	—	—	2	—	—	—	—	10 765	8
—	—	—	19	19	—	—	2	—	—	—	—	10 297	81
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	468	87
5	—	—	—	5	95	39	20	—	—	—	—	195 911	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195 528	91
—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	158	92
—	—	—	—	—	63	37	20	—	—	—	—	122	93
5	—	—	—	5	32	—	—	—	—	—	—	103	99
502	23	1	1 450	1 976	131	240	1 258	—	6	14	—	213 729	

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweck- verbände	zu- sammen
		1	2	3	4	5	6	7	8
0	Allgemeine Dienste	23 929	8 290	18 970	—	715	19	—	734
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	3 527	1 358	—	—	179	1	—	180
02	Auswärtige Angelegenheiten	396	310	—	—	—	—	—	—
03	Verteidigung	18 901	6 223	18 970	—	533	18	—	551
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	977	364	—	—	2	—	—	2
05	Rechtsschutz	128	35	—	—	1	—	—	1
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	453	4 142	—	0	2 074	—	—	2 074
13	Hochschulen	6	10	—	—	21	—	—	21
14	Förderung des Bildungswesens ...	6	4	—	—	1 950	—	—	1 950
15	Sonstiges Bildungswesen	7	204	—	—	—	—	—	—
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	435	3 872	—	0	43	—	—	43
19	Übrige Bereiche aus 1	—	50	—	—	59	—	—	59
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	63	886	—	—	3 982	1 751	1 177	6 910
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	3	—	—	150	—	—	150
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	50	—	—	2 525	720	—	3 245
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	479	—	—	1 210	1 031	1 177	3 417
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	332	—	—	72	—	—	72
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	—	1 031	—	1 031
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	1 177	1 177
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	1 062	—	—	1 062
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	147	—	—	76	—	—	76
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	19	66	—	—	—	—	—	—
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Übrige Bereiche aus 2	44	287	—	—	97	—	—	97
3	Gesundheit und Sport	35	161	—	—	60	—	—	60
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	5	78	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Übrige Bereiche aus 31	5	78	—	—	—	—	—	—
32	Sport	3	3	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	27	81	—	—	60	—	—	60
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	—	9	—	—	—	61	—	61
41	Wohnungswesen	—	6	—	—	—	—	—	—
42	Raumordnung, Landesplanung	—	2	—	—	—	—	—	—
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	—	61	—	61
44	Städtebauförderung	—	1	—	—	—	—	—	—

[illegible]

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				
			beweglichem	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige	
			Vermögen							
		18	19	20	21	22	23	24	25	26
0	Allgemeine Dienste	808	538	57	733	0	3	—	2 970	2 973
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	380	47	1	—	—	—	—	8	8
02	Auswärtige Angelegenheiten	65	7	15	733	—	—	—	2 956	2 956
03	Verteidigung	289	381	41	—	0	3	—	6	9
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	69	102	0	—	—	0	—	0	0
05	Rechtsschutz	5	1	—	—	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	157	48	1	—	450	—	—	—	450
13	Hochschulen	0	0	—	—	—	—	—	—	—
14	Förderung des Bildungswesens ...	—	0	—	—	450	—	—	—	450
15	Sonstiges Bildungswesen	1	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	154	47	1	—	—	—	—	—	—
19	Übrige Bereiche aus 1	2	1	—	—	—	—	—	—	—
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	24	1	7	—	26	—	—	23	49
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	14	—	—	—	26	—	—	1	26
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	26	—	—	—	26
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	14	—	—	—	—	—	—	1	1
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	9	1	7	—	—	—	—	23	23
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Übrige Bereiche aus 2	1	0	—	—	—	—	—	—	—
3	Gesundheit und Sport	2	3	—	—	—	—	—	—	—
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	—	0	—	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Übrige Bereiche aus 31	—	0	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	2	3	—	—	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	—	—	—	—	1 295	15	—	33	1 343
41	Wohnungswesen	—	—	—	—	1 157	—	—	33	1 191
42	Raumordnung, Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	27	15	—	—	42
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	110	—	—	—	110

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen			
Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versicherung	Sonstige		Länder	Gemein- den u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
23	118	—	1 597	1 739	—	—	250	250	—	62 255	0
—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	5 864	01
4	—	—	1 488	1 493	—	—	—	—	—	8 222	02
17	118	—	99	234	—	—	250	250	—	46 475	03
2	0	—	0	2	—	—	—	—	—	1 522	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172	05
939	—	—	2 562	3 501	—	—	—	—	—	13 205	1
901	—	—	16	917	—	—	—	—	—	967	13
20	—	—	—	20	—	—	—	—	—	2 516	14
10	—	—	189	199	—	—	—	—	—	536	15
7	—	—	2 351	2 357	—	—	—	—	—	8 995	16
2	—	—	6	8	—	—	—	—	—	192	19
910	—	—	58	969	—	—	2 272	2 272	—	81 882	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38 940	22
10	—	—	0	10	—	—	—	—	—	19 708	23
—	—	—	—	—	—	—	135	135	—	15 992	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 923	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 057	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 177	243
—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	1 142	244
—	—	—	—	—	—	—	130	130	—	694	249
—	—	—	49	49	—	—	137	137	—	3 630	25
900	—	—	—	900	—	—	2 000	2 000	—	2 900	27
—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	712	29
894	—	—	117	1 010	—	—	343	343	—	1 807	3
870	—	—	9	879	—	—	343	343	—	1 443	31
870	—	—	4	874	—	—	343	343	—	1 295	312
—	—	—	5	5	—	—	—	—	—	148	319
23	—	—	—	23	—	—	—	—	—	77	32
0	—	—	108	108	—	—	—	—	—	286	33
558	52	—	—	610	—	—	—	—	—	2 767	4
221	—	—	—	221	—	—	—	—	—	2 161	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	42
—	44	—	—	44	—	—	—	—	—	147	43
337	8	—	—	345	—	—	—	—	—	457	44

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweck- verbände	zu- sammen
		1	2	3	4	5	6	7	8
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	37	182	—	—	460	—	—	460
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	13	—	—	—	—	—	—
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	—
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	13	—	—	—	—	—	—
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	—	131	—	—	460	—	—	460
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	460	—	—	460
539	Übrige Bereiche aus 53	—	131	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	37	38	—	—	—	—	—	—
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	178	381	—	—	43	—	—	43
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	132	—	—	—	—	—	—
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Übrige Bereiche aus 62	—	132	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, und verarbeitendes Ge- werbe	4	92	—	—	—	—	—	—
64	Handel	—	44	—	—	—	—	—	—
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	43	—	—	43
69	Übrige Bereiche aus 6	175	113	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen .	963	1 780	—	—	184	—	—	184
72	Straßen	—	894	—	—	152	—	—	152
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	393	286	—	—	32	—	—	32
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt	176	188	—	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	394	412	—	—	—	—	—	—
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	21	204	—	—	—	0	—	0
81	Wirtschaftsunternehmen	21	13	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	191	—	—	—	0	—	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	8 586	695	—	23 204	11 480	172	9	11 661
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ..	—	—	—	—	10 087	—	—	10 087
92	Schulden	—	306	—	23 204	90	—	—	90
93	Versorgung	7 577	111	—	—	1 145	172	9	1 326
99	Übrige Bereiche aus 9	1 009	278	—	—	158	—	—	158
	Gesamtausgaben	34 265	16 730	18 970	23 204	18 997	2 003	1 186	22 186

— Millionen DM —

Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendiensthilfen an				Ord. Nr.
					Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen	
					Länder	Gemein- den und Sonstige			
Renten, Unter- stützungen usw.	an Unternehmen	an Sozial- versicherung	an Sonstige	zu- sammen	14	15	16	17	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
—	39	—	61	100	—	—	152	152	5
—	—	—	—	—	—	—	150	150	52
—	—	—	—	—	—	—	10	10	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	523
—	—	—	—	—	—	—	140	140	529
—	39	—	—	39	—	—	—	—	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	39	—	—	39	—	—	—	—	539
—	—	—	61	61	—	—	2	2	59
1	563	0	157	721	—	6	301	307	6
—	59	—	100	158	—	—	—	—	62
—	43	—	38	81	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	16	—	62	78	—	—	—	—	629
—	496	—	—	496	—	—	165	165	63
—	—	—	49	49	—	—	—	—	64
—	8	—	—	8	—	6	0	6	65
1	—	0	9	9	—	—	136	136	69
9	600	1	700	1 310	1	1	—	2	7
—	—	—	—	—	1	—	—	1	72
1	—	1	—	2	—	—	—	—	73
—	187	—	—	187	—	1	—	1	74
—	—	0	101	101	—	—	—	—	75
8	413	—	600	1 020	—	—	—	—	79
—	9 604	—	—	9 604	—	—	41	41	8
—	9 604	—	—	9 604	—	—	41	41	81
—	—	—	—	—	—	—	—	—	87
0	—	797	1	798	—	—	—	—	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	91
—	—	—	—	—	—	—	—	—	92
0	—	797	—	797	—	—	—	—	93
—	—	—	1	1	—	—	—	—	99
29 521	12 564	41 764	4 982	88 830	133	7	1 316	1 457	

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				
			beweglichem	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige	
			Vermögen							
		18	19	20	21	22	23	24	25	26
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	0	—	—	—	—	—	4	4
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	—	—
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Übrige Bereiche aus 53	—	—	—	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	2	0	—	—	—	—	—	4	4
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	14	165	—	—	—	—	—	2 081	2 081
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	160	—	—	—	—	—	150	150
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	160	—	—	—	—	—	150	150
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, und verarbeitendes Ge- werbe	—	—	—	—	—	—	—	80	80
64	Handel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Übrige Bereiche aus 6	14	5	—	—	—	—	—	1 851	1 851
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen .	4 874	175	362	5	101	—	—	79	180
72	Straßen	4 353	50	362	—	15	—	—	4	19
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	445	38	0	5	—	—	—	75	75
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	86	—	—	—	86
75	Luftfahrt	22	75	—	—	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	55	11	—	—	—	—	—	—	—
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	73	1	5	490	—	—	—	35	35
81	Wirtschaftsunternehmen	—	0	—	490	—	—	—	35	35
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	73	0	5	—	—	—	—	—	—
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—
93	Versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Gesamtausgaben	5 954	930	431	1 228	1 872	18	—	5 225	7 115

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zu-sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu-sammen			
Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige		Länder	Gemeinden u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
1 055	—	—	6	1 061	—	—	—	—	—	1 999	5
1 050	—	—	—	1 050	—	—	—	—	—	1 213	52
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	523
1 050	—	—	—	1 050	—	—	—	—	—	1 203	529
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	630	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	460	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	170	539
5	—	—	6	11	—	—	—	—	—	156	59
413	—	—	1 409	1 821	—	—	178	178	—	5 888	6
170	—	—	176	346	—	—	—	—	—	946	62
—	—	—	58	58	—	—	—	—	—	139	621
35	—	—	—	35	—	—	—	—	—	35	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	310	626
135	—	—	118	253	—	—	—	—	—	463	629
—	—	—	1 143	1 143	—	—	178	178	—	2 157	63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92	64
243	—	—	90	333	—	—	—	—	—	390	65
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 302	69
2 080	234	—	971	3 285	—	12	14	26	—	13 145	7
1 213	234	—	—	1 447	—	—	—	—	—	7 277	72
—	—	—	240	240	—	—	14	14	—	1 530	73
867	—	—	372	1 239	—	12	—	12	—	1 525	74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	563	75
—	—	—	359	359	—	—	—	—	—	2 251	79
—	4	—	3 221	3 225	—	—	57	57	—	13 755	8
—	—	—	3 221	3 221	—	—	57	57	—	13 482	81
—	4	—	0	4	—	—	—	—	—	273	87
200	—	—	—	200	221	—	—	221	— 1 300	44 066	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 087	91
—	—	—	—	—	221	—	—	221	—	23 822	92
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 812	93
200	—	—	—	200	—	—	—	—	— 1 300	345	99
7 072	408	—	9 940	17 420	221	12	3 114	3 347	— 1 300	240 768	

Teil IV
Übersicht
über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten
(Die ausgewiesenen Titel sind Leertitel)

Einnahmen		Ausgaben	
Kap./Tit.	Ist 1980	Kap./Tit.	Ist 1980
Zweckbestimmung	1 000 DM	Zweckbestimmung	1 000 DM
Epl. 10 — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
10 02/380 04	98	10 02/980 04	—
Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes		Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	
10 02/380 05	3 421	10 02/980 75	2 829
Beiträge zur Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz)		Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz)	
10 07/380 02	85 549	10 07/980 02	85 549
Beiträge gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes		Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes zu erheben hat	
Summe	89 068	Summe	88 378
Epl. 12 — Bundesminister für Verkehr			
12 03/380 02	111 218	.	.
Lotsgehalt, Entgelte der Kanalsteuerer auf dem Nord-Ostsee-Kanal		.	.
12 03/380 03	9 473	12 03/980 01	120 691
Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden		Durchleitung von Fremdgeldern	
Summe	120 691	Summe	120 691
Epl. 35 — Verteidigungslasten			
35 11/380 01	—	35 11/980 01	—
Tilgung und Zinsen von Darlehen aus niederländischen Haushaltsmitteln für den Bau von Wohnungen für niederländische Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland		Tilgung und Zinsen von Darlehen aus niederländischen Haushaltsmitteln für den Bau von Wohnungen für niederländische Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	
Summe	—	Summe	—
Epl. 60 — Allgemeine Finanzverwaltung			
60 01/380 01/03	75 297	60 04/980 01	75 297
Lastenausgleichsabgaben		Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	
Summe	75 297	Summe	75 297
Gesamtsumme	285 056	Gesamtsumme	284 366

Teil V
A. Übersicht über die Planstellen
 — ohne
 im

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		in den																
		Besoldungsordnung B												Höherer Dienst				
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.					A 16
Bundespräsidialamt .	a)	1	—	1	—	—	3	—	—	4	—	—	9	3	4	3	—	10
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	1	—	—	1	—	—	3	—	—	5	1	3	3	—	7
Deutscher Bundestag	a)	—	1	2	—	—	8	—	—	35	—	—	46	31	63	37	10	141
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	—	—	—	—	—	1	—	—	3	—	—	4	2	6	4	—	12
Bundesrat	a)	—	1	1	—	—	1	—	—	5	—	—	8	2	8	4	1	15
Bundeskanzleramt ..	a)	1	—	5	—	—	11	—	—	26	—	—	43	13	41	17	6	77
	b)	1	—	—	—	—	1	—	—	6	—	—	8	5	5	3	1	14
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	2	3	—	—	5	—	—	14	—	—	25	9	31	22	6	68
Auswärtiges Amt ...	a)	2	—	10	—	—	17	—	—	55	—	—	84	30	135	81	23	269
	b)	—	—	17	—	—	49	—	—	84	—	—	150	115	295	213	88	711
Bundesminister des Innern ¹⁾	a)	2	—	11	—	1	19	1	—	86	—	—	120	34	147	82	19	282
	b)	—	—	1	3	2	9	1	10	18	34	11	89	102	399	496	228	1 225
Bundesminister der Justiz	a)	1	—	6	—	—	12	—	—	47	—	—	66	18	65	23	6	112
	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	—	3	—	5	35	329	275	85	724
Bundesminister der Finanzen	a)	2	—	9	—	—	22	—	—	101	—	—	134	37	187	99	25	348
	b)	—	—	—	—	18	2	—	—	34	20	—	74	61	281	360	187	889
Bundesminister für Wirtschaft	a)	2	—	7	—	—	23	—	—	80	—	—	112	36	170	100	27	333
	b)	—	—	—	2	2	1	—	2	23	36	51	117	31	187	375	108	701
Bundesminister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten ..	a)	1	—	6	—	—	11	—	—	48	—	—	66	25	111	65	20	221
	b)	—	—	—	—	—	2	—	2	19	40	58	121	6	93	213	58	370
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	—	7	—	—	12	—	—	57	—	—	77	25	83	50	12	170
	b)	—	—	—	1	—	—	1	1	1	10	4	18	7	48	66	18	139
Bundesminister für Verkehr	a)	1	—	8	—	—	12	—	—	57	—	—	78	22	132	73	19	246
	b)	—	—	—	—	—	2	9	1	6	18	5	41	70	292	457	155	974
Bundesminister für das Post- u. Fernmeldewesen	b)	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	1	3	4	1	9
Bundesminister der Verteidigung	a)	2	—	9	—	—	23	—	—	115	—	—	149	52	260	132	32	476
	b)	—	—	1	—	9	3	3	19	13	80	—	128	279	1 174	1 815	716	3 981
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	1	—	3	—	—	6	—	—	37	—	—	47	16	53	30	9	106
	b)	—	—	—	1	—	—	—	2	10	35	102	150	4	56	143	27	230
Bundesverfas- sungsgericht	a)	2	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	4	1	2	1	—	4
Bundesrechnungs- hof	a)	1	—	1	—	—	8	—	—	48	—	—	58	3	35	17	6	61

**Personalübersicht
der Beamten
Leerstellen —
Bundeshaushaltsplan 1982**

Besoldungsgruppen																				Gesamt- zahl der Plan- stellen
Besoldungsordnung A																				
Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst							Einfacher Dienst							
A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	Zus.	A 9mZ	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Zus.	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	A 1/2	Zus.	
5	2	1	1	—	9	1	2	1	1	2	—	7	5	2	—	—	—	—	7	42
2	2	1	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17
79	40	37	10	4	170	28	67	70	63	32	1	261	183	53	—	—	29	—	265	883
6	4	3	—	—	13	—	1	1	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	1	32
9	4	2	1	—	16	1	3	—	1	—	—	5	5	6	—	—	7	—	18	62
40	17	10	1	—	68	7	18	9	6	—	—	40	20	12	—	—	5	—	37	265
9	9	1	—	—	19	2	3	5	—	—	—	10	4	3	—	—	—	—	7	58
27	12	12	2	—	53	3	9	4	6	—	—	22	9	6	—	—	5	—	20	188
172	83	49	36	11	351	17	40	40	36	5	1	139	25	32	—	—	18	—	75	918
106	217	294	175	64	856	15	36	115	109	10	4	289	17	41	—	—	51	—	109	2115
189	71	36	16	2	314	18	51	24	3	6	1	103	21	24	—	—	16	—	61	880
190	472	1122	1403	650	3837	611	1679	3036	5418	5367	5610	21721	48	76	—	16	43	6	189	27061
54	27	13	6	1	101	10	26	13	7	—	—	56	12	13	—	—	10	—	35	370
64	126	235	35	4	464	34	97	66	57	—	—	254	59	70	—	18	14	9	170	1617
299	103	50	—	—	452	35	83	37	4	3	—	162	22	20	—	—	24	—	66	1162
506	1383	3090	3566	1304	9849	790	1843	6460	7480	2504	1353	20430	329	819	—	3	287	2	1440	32682
191	61	29	8	2	291	15	35	17	24	16	4	111	23	30	—	—	37	—	90	937
46	93	157	162	26	484	9	21	67	77	39	14	227	4	12	—	11	—	10	37	1566
111	43	20	6	3	183	9	24	12	3	2	—	50	12	8	—	—	21	—	41	561
8	15	35	25	11	94	2	3	5	9	6	—	25	1	—	—	—	—	—	1	611
113	39	18	9	1	180	4	12	8	9	4	1	38	19	21	—	—	18	—	58	523
38	81	122	83	36	360	6	14	25	39	24	7	115	13	6	—	1	7	—	27	659
136	48	19	3	—	206	4	10	5	3	—	—	22	10	7	—	—	12	—	29	581
531	1072	823	519	70	3015	119	281	977	1088	356	172	2993	42	24	—	1	—	—	67	7090
5	10	15	7	2	39	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50
380	134	52	32	8	606	78	184	164	152	64	17	659	136	105	—	—	112	—	353	2243
792	1602	3832	4253	1419	11898	298	701	3721	3945	2975	1102	12742	253	267	21	124	31	10	706	29458
71	25	13	—	—	109	4	11	4	3	—	—	22	11	12	—	—	14	—	37	323
9	11	23	20	6	69	—	—	1	2	—	—	3	—	1	—	—	—	—	1	453
10	4	2	2	—	18	1	3	5	2	—	—	11	7	4	—	—	3	—	14	51
218	30	4	—	—	252	6	15	9	3	—	—	33	3	3	—	—	—	—	6	410

Teil V

noch: **A. Übersicht über die Planstellen**
— ohne
im

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	in den																	
	Besoldungsordnung B																	
	B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	Höherer Dienst					
													A 16	A 15	A 14	A 13	Zus.	
Bundesminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	28	—	—	39	13	63	36	12	124
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	1	—	3	—	—	8	—	—	32	—	—	44	15	45	27	7	94
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	3	14	28	10	55
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	1	—	3	—	—	3	—	—	15	—	—	22	6	16	10	3	35
	b)	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	2	6	4	14
Bundesminister für Forschung u. Technologie	a)	1	—	5	—	—	7	—	—	33	—	—	46	20	91	49	14	174
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	5	—	5	9	3	17
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	21	—	—	32	10	49	26	8	93
Bundesschulden—verwaltung	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	—	4	—	3	2	1	6
Zivile Verteidigung	b)	—	—	—	—	—	1	1	—	1	2	—	5	6	24	46	17	93
Summe	a)	26	4	107	—	1	227	2	—	951	—	—	1 318	424	1 800	991	265	3 480
Summe	b)	1	—	19	9	31	71	16	41	221	280	232	921	727	3 210	4 511	1 707	10 155
Insgesamt		27	4	126	9	32	298	18	41	1 172	280	232	2 239	1 151	5 010	5 502	1 972	13 635
1) darin enthalten für Polizeivollzugs—beamte im Bundesgrenzschutz	a)	—	—	—	—	1	—	1	—	3	—	—	5	2	7	5	2	16
	b)	—	—	—	—	—	5	—	—	2	1	—	8	13	55	75	52	195
Gesamt		—	—	—	—	1	5	1	—	5	1	—	13	15	62	80	54	211

[illegible]

B. Übersicht über die Planstellen der Richter und Staatsanwälte
— ohne Leerstellen —
im Bundeshaushaltsplan 1982

a) Bundesverfassungsgericht und
 Oberste Gerichtshöfe des Bundes

b) Sonstige Bundesgerichte

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen										Gesamtzahl der Planstellen	
	Besoldungsordnung R											
	R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1		
Bundesminister der Justiz	a)	3	1	34	3	209	—	—	21	—	—	271
	b)	—	—	1	—	—	—	1	31	139	3	175
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	—	15	—	49	—	—	—	—	—	66
Bundesminister der Verteidigung	b)	—	—	—	—	—	—	—	3	23	—	26
Bundesverfassungsgericht	a)	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
Summe	a)	19	1	49	3	258	—	—	21	—	—	351
Summe	b)	—	—	1	—	—	—	1	34	162	3	201
Insgesamt		19	1	50	3	258	—	1	55	162	3	552

C. Übersicht über die Planstellen der Professoren und Hochschulassistenten
— ohne Leerstellen —
im Bundeshaushaltsplan 1982

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen				Gesamtzahl der Planstellen
	Besoldungsordnung C				
	C 4	C 3	C 2	C 1	
Bundesminister des Innern b)	—	16	15	—	31
Bundesminister der Finanzen b)	—	5	6	—	11
Bundesminister für Verkehr b)	—	—	2	—	2
Bundesminister der Verteidigung b)	120	125	91	13	349
Summe a)	—	—	—	—	—
Summe b)	120	146	114	13	393
Insgesamt	120	146	114	13	393

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

D. Übersicht über die Stellen im

Geschäftsbereich		Außer- tarifliche Ange- stellte	in den							
			I	I a	I b	II a	II a (T)	II b	III	IV a Kr. X
Bundespräsidialamt.....	a)	—	1	—	1	1	—	—	3	3
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung ..	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutscher Bundestag	a)	3	2	11	2	7	—	—	6	32
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrat	a)	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Bundeskanzleramt	a)	1	1	1	—	1	—	—	2	4
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	5	9	35	50	16	3	—	16	73
Auswärtiges Amt	a)	—	3	15	21	5	—	—	20	21
	b)	—	2	16	41	54	—	—	9	43
Bundesminister des Innern	a)	—	—	3	7	4	3	—	8	17
	b)	—	6	31	84	81	6	—	129	250
Bundesminister der Justiz	a)	1	1	2	2	5	—	—	2	2
	b)	1	—	—	—	1	—	—	3	5
Bundesminister der Finanzen.....	a)	1	—	5	3	—	1	—	9	6
	b)	1	—	5	16	93	29	—	118	256
Bundesminister für Wirtschaft.....	a)	—	—	8	16	3	3	—	38	36
	b)	—	2	23	175	109	24	—	105	177
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	—	—	6	5	—	2	—	12	12
	b)	—	4	—	107	149	7	—	54	92
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.....	a)	1	—	—	1	—	—	—	10	16
	b)	—	—	2	11	3	2	—	7	21
Bundesminister für Verkehr	a)	1	1	5	5	6	16	—	15	21
	b)	—	3	20	126	183	56	1	507	386
Bundesminister der Verteidigung ..	a)	—	2	20	19	17	15	—	27	17
	b)	—	16	58	253	464	72	17	580	1 012
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	—	—	1	12	1	—	—	3	4
	b)	—	—	17	30	51	2	—	16	22
Bundesverfassungsgericht	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrechnungshof	a)	—	—	—	—	—	—	—	3	1
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	3	5	11	1	—	—	11	15
	b)	—	1	3	3	2	3	—	2	6
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	—	3	7	10	3	12	—	8	9
	b)	—	—	4	14	55	44	—	88	41
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	—	5	—	2	5	—	—	2	3
	b)	—	1	2	8	26	—	—	4	13
Bundesminister für Forschung und Technologie	a)	—	—	2	5	5	—	—	8	5
	b)	—	—	5	16	25	—	—	1	1
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	—	1	1	10	—	—	—	—	1
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	—	1	—	—	3	10
Zivile Verteidigung	b)	—	2	2	5	35	2	—	22	57
Summe	a)	14	32	127	182	80	55	—	204	298
Summe	b)	2	37	188	889	1 332	247	18	1 648	2 392
Insgesamt		16	69	315	1 071	1 412	302	18	1 852	2 690

1) ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundshaushaltsplan 1982

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. IX	V a Kr. VIII	V b Kr. VII	V c Kr. VI	VI a Kr. V	VI b Kr. IV	VII ¹⁾ Kr. III	VIII ¹⁾ Kr. II	IX b ¹⁾ Kr. I	X			
2	—	5	7	—	7	9	—	—	2	6	47	17
—	—	1	—	—	6	—	2	1	—	3	13	3
12	—	51	57	—	202	40	14	11	11	58	519	188
1	—	3	2	—	6	—	3	—	—	8	23	5
1	—	9	14	—	13	1	4	—	4	4	51	5
6	—	11	20	—	33	20	3	8	13	50	174	38
—	—	1	1	—	7	3	—	—	—	7	19	11
25	8	33	40	—	38	25	30	2	28	60	496	28
10	—	68	74	—	55	39	37	10	59	197	634	92
18	—	147	367	—	874	144	21	4	48	59	1 847	747
10	—	22	53	—	86	38	25	—	36	136	448	69
153	9	325	953	—	683	1 416	458	53	72	798	5 507	3 258
2	—	18	35	—	54	29	4	2	14	61	234	28
11	—	61	144	—	168	368	262	142	40	477	1 683	158
10	—	33	55	—	84	42	8	2	56	168	483	40
173	—	442	383	—	772	1 546	340	83	107	1 688	6 052	2 870
7	—	44	91	—	57	25	4	3	21	155	511	68
198	—	225	200	—	278	236	103	14	53	152	2 074	260
1	—	15	63	—	35	11	12	1	16	89	280	50
198	—	232	271	—	457	187	110	8	8	145	2 029	972
2	—	11	51	—	54	8	9	2	8	85	258	60
57	—	51	53	—	98	103	24	—	15	128	575	84
11	—	30	74	—	82	8	14	—	41	131	461	43
334	86	426	798	—	1 578	1 264	785	81	190	527	7 351	1 195
28	—	73	191	—	261	168	14	1	2	367	1 222	200
884	28	1 495	3 579	470	6 649	8 124	17 643	698	488	11 728	54 258	86 487
5	—	9	18	—	30	6	14	—	5	47	155	20
40	—	218	202	—	130	90	79	3	21	81	1 002	272
1	—	4	19	—	4	—	—	2	1	10	41	10
5	—	2	22	—	30	6	4	1	8	14	96	11
1	—	16	24	—	38	5	4	—	13	46	194	13
9	—	2	3	—	7	2	2	—	—	14	59	3
7	—	18	20	—	34	10	2	1	8	52	204	22
37	—	10	8	—	22	36	10	8	5	50	432	19
3	—	21	14	—	18	7	5	2	16	30	133	25
8	—	33	9	—	32	13	9	6	10	22	196	17
7	—	12	19	—	33	15	—	—	10	57	178	29
4	—	23	18	—	26	8	10	1	—	4	142	40
4	—	3	21	—	24	9	4	—	—	30	108	9
10	—	19	8	—	59	69	40	1	9	13	242	19
51	—	142	27	—	73	121	33	—	6	84	662	518
161	8	512	984	—	1 284	521	216	49	372	1 864	6 963	1 073
2 185	123	3 852	7 024	470	11 913	13 730	19 929	1 102	1 072	15 977	84 130	96 930
2 346	131	4 364	8 008	470	13 197	14 251	20 145	1 151	1 444	17 841	91 093	98 003

E. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Bundeshaushaltsplan 1982

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B10	Generale	1	2
B9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	14
B7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	48
B6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	27	112
	zusammen Generale	42	176
B3	Oberste, Kapitäne z.S. usw.	150	219
A16	Oberste, Kapitäne z.S. usw.	51	854
A15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	423	1 986
A14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	335	4 814
A13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	51	4 309
A12	Hauptleute, Kapitänleutnante	84	959
A11	Hauptleute, Kapitänleutnante	127	9 956
A10	Oberleutnante, Oberleutnante z.S.	65	10 211
A9	Leutnante, Leutnante z.S.	—	6 971
	zusammen übrige Offiziere	1 286	40 279
A10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	—	204
A9MZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner	38	806
A9	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner	175	4 841
A8mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	71	20 087
A7mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	3	28 327
A7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	—	27 758
A6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	—	38 291
A5	Unteroffiziere, Maate	—	37 849
	zusammen Unteroffiziere	287	158 163
A4	Hauptgefreite	—	22 529
A3	Obergefreite	—	21 813
A2	Gefreite	—	25 425
	zusammen Mannschaften	—	69 767
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 615	268 385
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige	—	219 000
	Wehrübende	—	6 000

